

Bern, 18. Mai 2018

Keine IV-Rente für unter 30-Jährige: Wirtschaft verweigert Integration

Der Bundesrat wurde vor einiger Zeit beauftragt, Alterslimiten für den Erhalt von IV-Renten zu prüfen. Nachdem er damals selbst diesem Ansinnen skeptisch gegenüberstand, nimmt nun die vorberatende Kommission des Nationalrats mit ihrem Entscheid die Diskussion wieder auf. Demnach sollen Personen unter 30 Jahren keine entsprechende Rente mehr erhalten, was die Schweizer Demokraten (SD) höchstens teilweise befürworten. Es steht ausser Frage, dass sämtliche Massnahmen zur schnellstmöglichen Integration in den ordentlichen Arbeitsmarkt oberste Priorität haben müssen. Allerdings spricht man dabei lediglich von der blanken und oberflächlichen Theorie. Zum einen beabsichtigen bürgerliche Parteien, insbesondere SVP und FDP, mit der stetigen Reduktion der IV-Renten die grundsätzlich notwendige Missbrauchsbekämpfung, wobei diese nur mithilfe von Kontrollmassnahmen erfolgen kann. Andererseits verweigern die demselben Lager angehörenden Wirtschaftsverbände jegliche effektive Eingliederung und bilden somit das eigentliche Hindernis aller möglichen Lösungen. Ist von psychisch kranken Menschen die Rede, so verwenden Experten in der Praxis vielmehr den Begriff der „Leistungseinschränkung“, welcher jedoch etliche Einzelpersonen stigmatisiert und somit auch diskriminiert. Der durch die Globalisierung zunehmende Konkurrenzkampf sowie das Gebot des grenzenlosen Wachstums sind die Ursache der heutigen Situation und drängen bestimmte Menschen an den Rand der Gesellschaft. Daher stehen die Unternehmungen in ihrer alleinigen Verantwortung, sodass griffige und zielführende Massnahmen unumgänglich sind. In diesem Sinne fordern die SD eine längst fällige Quote von Arbeitsplätzen für potenzielle IV-Leistungsbezüger respektive leistungseingeschränkte Arbeitnehmer. Jede Unternehmung sollte gesetzlich verpflichtet werden, mindestens 3% solcher Personen anzustellen. Für Kleinstbetriebe wären ein tieferer Prozentsatz sowie eine gewisse steuerliche Entlastung zu gewährleisten.

Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern